

# Fraktionen im Rat der Stadt Kleve



## 10 Eckpunkte für die Bebauung des Minoritenplatzes

Kleve, 20. Mai 2016

Das bereits vorhandene „Wasserband“ der Wallgrabenzone soll bis zum Spoykanal verlängert werden, um das Element Wasser zu betonen. Das Wasserthema sollte auch im Hinblick auf die Gesamtplanung (Stadthalle, Hallenbad) bei der Planung beachtet werden.

- 1. Baukörper:** es sollen mehrere gegliederte Baukörper geschaffen werden, die eine Durchgängigkeit zwischen Wallgraben und Fußgängerzone gewährleisten (CDU: 2 bis maximal 3 Baukörper).  
Kein geschlossener Baukörper zur Wallgrabenzone hin (ggf. Offene, allgemein zugängliche Höfe), wohl aber eine Stadtkante (Bauten auf einer Linie) in Richtung Wallgrabenzone. Die Höhe des Baukörpers sollte niedriger als die Höhe des Gebäudes der Volksbank sein, unterschiedliche Höhen sind denkbar.  
Vom Koekkoeksplatz aus muss die Sicht auf die Wallgrabenzone gewährleistet bleiben, die linksseitig durchgezogen werden sollte bis zum Spoykanal. Vom Volksbankgebäude sollte Durchsicht auf das Museum Koekkoek gewährleistet bleiben, die HS Rhein Waal sollte architektonisch mit im Blick gehalten werden, *d.h. die Vergrößerung des Innenstadtbereiches ( zur Hochschule und zum Bensdorp-Gelände hin) muss deutlich werden.*  
Es sollte ca. 50% der Fläche (einschließlich Wallgraben) bebaut werden, Baufenster sollten ausgewiesen werden.
- 2. Anbindung:**  
Es soll keine bauliche Barriere geschaffen werden.  
Es soll keine geschlossene Stadtkante Richtung Wallgrabenzone geschaffen werden.  
Räume sollen sich auch zur Innenstadt/Fußgängerzone öffnen, es handelt sich schließlich um die Achse Hochschule, Bahnhof, Kurhaus-

Museum, Innenstadt. CDU: Zur Innenstadt soll eine Raumkante ausgebildet werden.

3. Öffentlicher Raum: Es sollen eingefasste Plätze geschaffen werden, ggf. mit verschiedenen Strukturen (z.B. Grüner Platz, Gastronomieplatz), um Aufenthaltsqualität zu erreichen. .  
Rathausplatz sowie die Flächen an der Volksbank der Herzogstraße sollen zusammenhängend (? - einheitlich) begrünt werden.  
Lenkung der Fußgänger und Radfahrer zwischen den Gebäuden sowie durch die Grünanlagen  
(Hauptachse an der VB), Abstellmöglichkeiten für Fahrräder müssen geschaffen werden.
4. Material: Für den Neubau gibt es verschiedene Möglichkeiten:  
Klinkerfassade (Grüne nein/CDU ja),  
Holzfassade, Klimafreundliche Fassade, Natur-, bzw. Sandstein,  
Putzfassade, aber kein Wärmeverbundsystem.  
Kleingliedrigkeit soll durch Materialwechsel in der Fassade geschaffen werden. Man sollte die Materialverwendungen in der Umgebung im Blick haben!
5. Gliederung: Die Gebäude sollen vertikal wie horizontal gegliedert werden.  
Die vertikale Gliederung soll durch die Fassade und Vor- und Rücksprünge hervorgehoben werden, die horizontale Gliederung soll durch Nutzungen sichtbar gemacht werden.
6. Nutzungen: Mögliche Nutzungen für die Gebäude sind: Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie, öffentliche Nutzung (z.B. Bibliothek), Büro, Praxen, Wohnen, eventuell überdachter Marktbereich. Erdgeschoss - Einzelhandel/Gastronomie, 1. OG - Praxen, Büro, Wohnen, Einzelhandel, Dienstleistungen, 2. OG - Wohnen, Dienstleistungen, Praxen, Büros, 3. OG - Wohnen, (evtl. Staffelgeschoss).
7. Denkmal: Das Bodendenkmal muss präsentiert werden (virtuell, Pflasterung der Stadtmauer, im unteren Bereich der Tiefgarage sichtbar). Der Netelenhorst muss erlebbar gemacht werden.
8. Verkehr: Tiefgarage nur über eine Ein- und Ausfahrt  
Anschluss der Rathaus-, Deutschen Bank, Volksbank-Tiefgarage.Grüne:  
Keine oberirdischen Stellplätze (bis auf Behindertenparkplatz vor Museum und Cafe Solo ehem. Turmcafe). CDU: vorhandene Stellplätze erhalten.  
Lieferbereiche im Bereich Wallgrabenzone:

1 Zufahrt über die Wallgrabenzone, wenn möglich im Tiefbereich.

9. Bezugspunkt: Es sollte eine architektonische Orientierung auf das Haus Koekkoek und den Platz davor stattfinden, also auf die historischen Elemente.
10. Bürgerbeteiligung: Sobald sich die politischen Parteien positioniert haben (Warten auf die sogenannten Eckpunkte), eine architektonische Grobplanung vorliegt, sollten Politik und Verwaltung eine Bürgerveranstaltung einberufen, um die Bevölkerung von Beginn an im Entscheidungsprozess mitzunehmen.

Dr. Hedwig Meyer-Wilmes  
(Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Wolfgang Gebing  
(Vorsitzender der Ratsfraktion der CDU)